

DIE LINKE.MKK Kreistagsfraktion • Geschäftsstelle • Wilhelmstr. 2 • 63450 Hanau

An den Vorsitzenden des Kreistages  
des Main Kinzig Kreises  
Herrn Hubert Müller  
Barbarossastraße 16-24  
63571 Gelnhausen

02. November 2009

## 24. Kreistagssitzung am 6. November 2009

### **Änderungsantrag zum Antrag A 64/2009: Veräußerung der dem MKK zuzuordnenden Anteile an der Main-Kinzig-Gas**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Die Fraktion DIE LINKE. stellt zur Sitzung des Kreistages am 6. November 2009 den folgenden **Änderungsantrag**:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag des Main-Kinzig-Kreises fordert den Kreisausschuss auf, sofortige Verhandlungen zum Rückkauf der 50% nicht kreiseigenen Anteile zu beginnen.

Der Kreisausschuss wird darüber hinaus beauftragt, die finanziellen Auswirkungen auf den Main-Kinzig-Kreis zu ermitteln und ein Finanzierungskonzept hierfür zu erstellen.

Der Kreisausschuss wird beauftragt, möglichst schnell mindestens 1% der privatisierten Anteile zurückzuerwerben und langfristig alle privatisierten Anteile zu rekommunalisieren.

### **Begründung:**

Das Oberlandesgericht Frankfurt hat am 05.05.2009 die so genannte Preisänderungsbestimmungsklausel in den Lieferverträgen zwischen der Main-Kinzig-Gas und rund 90 Prozent ih-

rer Kundschaft, fast 25 000 Sondervertragskunden, mit Wirkung vom 1. November 2005 für unrechtmäßig erklärt.

Der Kreistag des Main Kinzig Kreises hat hierzu eine Beschlusslage, die aber aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Aufsichtsrat nicht umgesetzt werden konnte. Damit richtet sich die Politik der Main-Kinzig-Gas gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, denen 50 Prozent der Anteile gehören.

Aufgrund des Aktiengesetzes sind die Aufsichtsräte allerdings einzig und allein dem Unternehmen und damit den Anteilseignern verpflichtet. Diese Analyse des FDP-Antrages ist vollkommen richtig.

Allerdings sind die Schlüsse des FDP-Antrages die falschen. Das obige Dilemma mit dem Verkauf der restlichen 50 Prozent der kreiseigenen Anteile lösen zu wollen, wird dazu führen, dass die Bürgerinnen und Bürger des Main Kinzig Kreises in Zukunft für die Grundversorgung mit Heizung und Energie noch mehr Einkommen aufwenden müssen als bisher und dass die bei den bisher kreiseigenen Betrieben vorhanden Arbeitsplätze noch unsicherer werden als sie zurzeit durch die verfehlt Politik der Main-Kinzig-Gas schon sind.

Will man die Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger mit günstigem Gas sicherstellen und will man sicher Arbeitsplätze anbieten, so muss man aufgrund der richtigen Analyse der FDP den Schluss ziehen, dass nur ein rein kommunales Unternehmen dies gewährleisten kann. Daher sind die Schritte zu einer Rekommunalisierung der Main-Kinzig-Gas sofort anzugehen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Andreas Müller  
Fraktionsvorsitzender



f.d.R. Dr. Thomas Maurer  
Fraktionsgeschäftsführer